BESCHLUSSVORLAGE	Vorlagen Nr: 10/0893/2020 Verantwortung: Augenstein, Jürgen
Unterstützung zukünftiger Faschingsumzüge	

Beratungsfolge dieser Vorlage/Nr.	am	Öffentlichkeitsstatus	Ergebnis
Gemeinderat		öffentlich	Entscheidung

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Damen und Herren Gemeinderäte werden gebeten, der Unterstützung mit Kosten von ca. 8.200,-- Euro zzgl. dem Einsatz der Feuerwehr Karlsbad eines möglichen Faschingsumzuges in 2021 zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen:

ja ☒ (dann bitte Tabelle ausfüllen) nein ☐ (dann keine weiteren Eintragungen)			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch kommunalen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ca. 8.200 EUR	keine	Ca. 8.200 EUR	
Haushaltsmittel stehen wie folgt zur Verfügung: (Invest.-Nr., Sachkonto, Produkt, Kostenstelle eintragen) Im lfd. Haushalt verfügbar			
Agenda	nein ☐ ja ☐	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein ☐ ja ☐	Durchgeführt am	

Vermerk der Verwaltung:

Abstimmung	Ja:	Nein:	Enthaltung:
Sonstiges:			

Sachverhalt:

Aufgrund der Problematik zunehmender Alkoholisierung von Jugendlichen und damit verbundener Sicherheitsprobleme bei den zurückliegenden Faschingsumzügen wurde erstmalig im Jahr 2019 ein neues Sicherheitskonzept in Zusammenarbeit zwischen Veranstalter, Polizei, Feuerwehr, DRK, Landratsamt (Jugendschutzteams) und Ordnungsamt der Gemeinde entwickelt.

Die wesentlichen Rahmenbedingungen des Sicherheitskonzeptes waren:

- Bahnen enden alle an der Haltestelle „Industriegebiet Ittersbach“
- Parkmöglichkeiten für den PKW-Verkehr ebenfalls nur im Industriegebiet Ittersbach
- Umzugsbesucher kommen nur zu Fuß in den Ort
- Einlassstellen am Heerweg und an der Weilermer Straße mit Kontrolle auf mitgeführte Alkoholika, Kassieren des Eintrittsgeldes
- Polizeiverordnung, die das Mitbringen von alkoholischen Getränken in den Innerortsbereich komplett verbietet und Konsum oder Ausschank von Branntwein oder branntweinhaltigen Getränke im Innerort verbietet
- Überwachung durch Polizei und Jugendschutzteams des Landratsamtes Karlsruhe

Für die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes waren ein Zug der Bereitschaftspolizei neben Beamten des Polizeipostens Albtal (ca. 35 Polizeikräfte) im Einsatz. An den Einlassstellen waren neben Kräften des Veranstalters (je 2) jeweils 6 Personen Sicherheitsdienst anwesend. An der Haltestelle waren ebenfalls 4 Personen Sicherheitsdienst mit 2 Kräften des Veranstalters präsent. Von den Kräften des Sicherheitsdienstes wurden mit Umzugsbeginn 12 Personen abgezogen und in die Ortsmitte verlegt. Die Sperrstellen waren mit Kräften des Veranstalters (je 2) und dem Vollzugsdienst der Gemeinde besetzt.

Über das Landratsamt waren 3 Jugendschutzteams mit je 5 Personen (2 Jugendliche, 2 Polizeibeamte, 1 Ehrenamtliche/r) und das Hintergrundteam (Jugendamt, Suchtberatung, Polizei) mit rd. 10 Personen im Einsatz.

Die Feuerwehr war mit insgesamt 5 Fahrzeugen präsent und hat Absperr- bzw. „Pollerfunktionen“ an brisanten Stellen (Verhinderung Zufahrt) wahrgenommen und zudem den Brandschutz mit drei Löschfahrzeugen sichergestellt, um während des laufenden Umzugs an alle möglichen Einsatzstellen anfahren zu können, ohne Umzugswege kreuzen zu müssen.

Das DRK war mit starken Kräften im Bereich der Umzugsstrecke und im Feuerwehrhaus präsent, in dem auch die Einsatzleitung von Polizei, Landratsamt und Ordnungsamt untergebracht war.

In Summe waren somit deutlich über 100 Kräfte von Polizei, Vollzugsdienst, Sicherheitsdienst, Jugenschutzteams, Feuerwehr und Sonstige eingesetzt.

Für die Gemeinde Karlsbad ergaben sich dadurch folgende Kosten:

Security-Kosten (extern)	rd. 2.500 EUR
Personal OA und GVD während Umzug	rd. 1.200 EUR
Kosten TD für Auf- und Abbau Beschilderung	rd. 3.500 EUR
Kosten für Straßenreinigung nach Umzug (extern)	rd. 500 EUR
Kosten für Verpflegung Einsatzkräfte	rd. 500 EUR
SUMME	**rd. 8.200 EUR**

Die Kosten für die Inanspruchnahme der Feuerwehr wurden nicht eingerechnet.

Für den Veranstalter ergaben sich Kosten in Höhe von rd. 8.300 EUR gegenüber Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Bändelverkauf an Vereine in Höhe von rd. 5.300 EUR; also mussten seitens des Veranstalters rd. 3.000 EUR aus anderen Einnahmequellen (Hallenveranstaltungen) zum Umzug zugeschossen werden.

Im Rahmen einer Nachbesprechung stellte sich nun die Problematik für zukünftige Umzüge, dass die Polizei nicht gewährleisten kann, dass ein Zug der Bereitschaftspolizei abgestellt wird. Dies kann – bei anderen dringlicheren Einsätzen für die BePo – kurzfristig abgesagt werden. Um jedoch die personelle Präsenz dann anderweitig sicher zu stellen, müssten Sicherheitskräfte „reserviert“ werden. Dies würde bei rd. 20 zusätzlich notwendigen Sicherheitskräften alleine für die „Bereitstellung“ rd. 3.100 EUR kosten und – wenn diese aufgrund fehlender Polizeikräfte tatsächlich eingesetzt werden müssen, für den Einsatz weitere rd. 2.500 EUR – also insgesamt 5.600 EUR an Kosten verursachen.

Da dieses finanzielle Risiko für das laufende Jahr 2020 seitens des Veranstalters, aufgrund fehlender Rücklagen, so nicht abgedeckt werden konnte, wurde der Umzug für 2020 abgesagt.

Hinzu kommt, dass seitens des Landratsamtes der Einsatz von Jugendschutzteams ebenfalls nicht im Vorfeld zugesagt werden kann, da die Verteilung der Jugendschutzteams immer erst im November erfolgt. Beim Zusammenfallen des Umzugstermins mit dem Umzug in Bruchsal ist jedoch nicht davon auszugehen, dass Jugendschutzteams in Karlsbad zum Einsatz kommen. Seitens Landratsamt und Polizei werden keine Parallelveranstaltungen mehr unterstützt, da dies personell nicht geleistet werden kann.

Für die weitere Planung ab 2021 wünscht sich der Veranstalter nun eine Aussage, ob die Gemeinde den Rahmen der bisherigen Unterstützung (siehe oben) auch für 2021 zusagen kann, um eine Planungsgrundlage zu erhalten. Einigkeit bestand seitens der Beteiligten, dass auch zukünftig ein Umzug nur im Rahmen des Sicherheitskonzeptes aus 2019 und mit dem entsprechenden Personaleinsatz möglich sein wird.

Der Veranstalter muss im Rahmen des Sicherheitskonzeptes 2019 planen, wie die evtl. anfallenden zusätzlichen Kosten finanziert werden. Angedacht sind hier verschiedene Möglichkeiten (Förderverein, Beteiligung der teilnehmenden Vereine, etc.), die der Verein nun weiter ausarbeiten muss. Hierfür benötigt er aber eine Aussage der Gemeinde über eine zukünftige Unterstützung.

Da die eingenommenen Eintrittsgelder im Jahr 2019 zu niedrig sind, muss insbesondere für diesen Bereich ein schlüssiges Konzept seitens des Veranstalters vorgelegt werden. Hierdurch könnten die fehlenden Einnahmen erheblich erhöht werden. Bei einem Besucherzustrom von rund 10.000 Personen (bei guter Wetterlage) könnten bei einem Eintrittspreis von 2,-- Euro die Ausgaben in der Zukunft gedeckt werden.

Auch muss – wenn in 2021 wieder ein Umzug erfolgt – danach eine nachvollziehbare Abrechnung mit Angabe der Einnahmen aller beteiligten Vereine vorgelegt werden. Auf dieser Grundlage kann dann über die weitere Zukunft von Umzügen (ab 2022) eine Unterstützung seitens der Gemeinde geprüft und entschieden werden.

Anlagenverzeichnis: